

Kurt Möller

Rechtsextremismus revisited –

Was man weiß, was man pädagogisch tut

Rechtsextremismus – seit Jahren beschäftigt kaum ein Problem Gesellschaft und Pädagogik so hartnäckig wie dieses. Mit widerlicher Penetranz drängt es sich immer wieder in die Aufmerksamkeitshorizonte derjenigen, denen privat und/oder beruflich der Erhalt der Demokratie am Herzen liegt: Schulhofagitationen, Gewalt, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien –die Kette rechtsextremer Phänomene scheint nicht abzubrechen. Doch wie gefährlich ist der Rechtsextremismus heute wirklich? Ist nicht vieles an öffentlicher und fachöffentlicher Aufgeregtheit auch Panikmache derjenigen, die die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus zu ihrem politischen oder pädagogischen Steckenpferd ausgebaut haben? Welche Veranlassung gibt es heute noch, sich mit dem Phänomen zu befassen? Welche neuen Erkenntnisse gibt es? Waren die gesellschaftlichen Gegenstrategien der letzten Jahre eigentlich erfolgreich oder müssen neue Wege beschritten werden?

Aktuelle Erscheinungsformen

Wer differenziert über Rechtsextremismus nachdenkt, muss seine unterschiedlichen Dimensionen berücksichtigen. Sie finden sich im Wesentlichen in der Analyse von *Wahlergebnissen, rechtsextremem Personenpotential, Straf- und Gewalttaten, Orientierungen* sowie *Ansprache-, Rekrutierungs- und Organisationsstrategien*.

Ein Blick auf die *Wahlergebnisse* rechtsextremer Parteien nach dem zweiten Weltkrieg (vgl. sehr anschaulich dazu auch: Projektgruppe Rechtsextremismus 2005, 50) lässt erkennen: Wahlerfolge rechtsextremer Parteien haben zwar ihre Konjunkturen, bleiben uns als Tatsache jedoch konstant erhalten. Dominierten anfangs innerhalb dieses politischen Spektrums noch die sog. Ewiggestrigen in später dann verbotenen Parteien und zeigten sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre bereits mehrfach Rechtsextreme bei Landtagswahlen erfolgreich, so schienen sie bis gegen Ende der 80er Jahre in der Versenkung verschwunden zu sein. Der DVU-Wahlerfolg bei den Bremer Senatswahlen 1987 war dann jedoch der Startschuss für eine Reihe von Wahlerfolgen. Vor allem in den letzten eineinhalb Dekaden schneiden Rechtsextreme bei Wahlen gut ab, sodass eine Verstetigung der Problematik zu verzeichnen ist, wie sie bislang einzigartig ist. Die Kontinuität rechtsextremer Attraktivität offenbart sich speziell auch in Baden-Württemberg, wo die sog. „Republikaner“ bei

der letzten Wahl 2001 mit 4,1% die 5%-Hürde zwar knapp verfehlten, 1992 jedoch (mit 10,9%) und erneut 1996 (mit 9,1%) in das Landesparlament eingezogen waren (vgl. zur Situation in Baden-Württemberg insgesamt auch Fliege/Möller 2001).

Fällt das Augenmerk auf bestimmte Gruppierungen von Wählern und Wählerinnen der Rechtsextremen, so verschärft sich die Problematik enorm. Wie für Deutschland insgesamt, so ist auch für Baden-Württemberg ein überdurchschnittlicher Anteil rechtsextremer Wähler/innen bei schulisch formal niedrig Gebildeten sowie bei Arbeitern und Arbeitslosen zu registrieren. Hätten nicht auch andere Berufs- und Statusgruppen wählen dürfen, wären die REP 2001 mit rd. 9% wieder in den Landtag gekommen; ein deutlicher, auch anderweitig empirisch belegbarer Hinweis darauf, dass eine schlechte wirtschaftliche Lage von Wahlberechtigten sie überzufällig häufig in die rechte Ecke des Parteienangebots drängt (vgl. auch Forschungsgruppe Wahlen 2004). Wie andernorts in Deutschland, so repliziert sich auch hierzulande mit kaum nennenswerten Abweichungen der vielfach belegte und seit Jahrzehnten andauernde Sachverhalt, dass die rechtsextremen Parteien zu rd. zwei Dritteln von Männern gewählt werden. Überproportional ist ebenfalls der Anteil der Jungwähler/innen. Auch hier zeigen sich in Baden-Württemberg jene Trends, die auch für das Bundesgebiet insgesamt gelten: Selbst noch 2001 nämlich wählten 11% der jungen Männer zwischen 18 und 24 Jahren, immerhin aber auch noch 7% der gleichaltrigen jungen Frauen rechts. Bei den jüngsten Wahlerfolgen der extremen Rechten stellt sich die Lage diesbezüglich freilich allein von der Höhe der Prozentzahlen her noch brisanter dar: Bei der Sachsenwahl im letzten Herbst mit 9,2% für die NPD wählten 21% der 18-24-Jährigen diese Partei (25% der Männer, 15% der Frauen), bei der davor abgehaltenen Wahl in Brandenburg (DVU 6,1%) votierten 15% dieser Altersgruppe für die extreme Rechte (dabei Männer zu 19%, Frauen zu 10%).

Dass sich die soziodemographischen Anfälligkeitsfaktoren gerade in dieser Weise darstellen, wirkt für das Aufwachsen sowie die professionelle und die nicht-professionelle Erziehung (und Bildung) von Kindern wie Jugendlichen eine Reihe von nur rhetorisch zu verstehenden Fragen auf. Zu den wichtigsten gehört: Muss nicht in der politischen Sozialisation in Richtung auf die Entwicklung demokratischer Auffassungen in der vorgängigen Biographie etwas schief gelaufen sein, wenn Jungerwachsene ab 18 Jahren derartige Affinitäten zeigen? Waren mithin die Anstrengungen der Rechtsextremismus-Bearbeitung bei Jugendlichen so wenig erfolgreich? Oder waren sie nur nicht flächendeckend genug? Kann sich die Gesellschaft weiterhin selektiv verfahrenende Bildungssysteme leisten, die geringe Formalqualifikation zu einem höchstwahrscheinlichen Stolperstein auf dem Arbeitsmarkt werden lassen? Dürfen bis auf weiteres die negativen Auswirkungen geschlechtsspezifischer Sozialisation von Jungen und jungen Männern auf deren politisches Orientierungsverhalten ignoriert werden? Muss nicht der Befund der Wahlforschung mit Besorgnis erfüllen, dass

Erstwähler/innen eine vergleichsweise hohe Konstanz in ihrer Parteipräferenz bei Folgewahlen an den Tag legen? Gilt es nicht zu bedenken, dass Jungwähler/innen sich entweder in der Familiengründungsphase befinden oder diese unmittelbar vor sich haben, sodass für die demokratische Sozialisation der nachwachsenden Generation in diesen Familien Weitergabeeffekte politischer Haltungen zu erwarten sind? Wie immer auch im Einzelnen diese Fragestellungen beantwortet werden: Die Gefahrenlage für die Demokratie und für die demokratische Sozialisation der Heranwachsenden ist nicht gering zu schätzen!

Diese Schlussfolgerung erhält auch durch einen Blick auf das *rechtsextreme Personenpotential* und seine Entwicklung Bestätigung. Erstens ist zu konstatieren, dass diejenigen, die Bestandteile rechtsextremen Denkens besitzen, nur zu einem geringen Teil auch rechtsextrem wählen. Wie verschiedene Studien über die Jahrzehnte hinweg belegen, wählt das rechtsextreme Einstellungslager nur zu 1-6% entsprechende Parteien. Mehr als die Hälfte bis zu drei Vierteln präferiert die großen deutschen Volksparteien, also CDU bzw. CSU und SPD (vgl. SINUS 1981; Stöss 1993; Stöss/Niedermayer 1998) und bis zu rd. 30% outen sich in den letzten Jahren als Nichtwähler/innen (vgl. Stöss/Niedermayer 1998). So betrachtet erweist sich das Rechtsextremismus-Problem als Eisberg-Syndrom: Der bloße Blick auf seine Spitze verkennt die Dimensionen. Die eigentliche Gefahr geht von derjenigen Masse aus, die unter der Oberfläche des Sichtbaren siedelt und gerade deshalb das Schiff der Demokratie ins Schlingern zu bringen vermag.

Zum zweiten lassen die alljährlich vom Verfassungsschutz vermessenen Entwicklungen der Organisierungstendenzen des rechtsextremen Personenpotentials über die letzten rd. zwei Dekaden hinweg bei allem methodischen Vorbehalt, den man gegenüber den zu Grunde liegenden Erfassungsweisen äußern kann, der aber hier aus Platzgründen nicht expliziert werden soll, erkennen: Das Gesamtpotential steigt ab Ende der 80er Jahre bis zum Ende des ersten Drittels der 90er Jahre um gut 250% an (von 25.200 1987 auf 64.500 Personen 1993), um ab Mitte der 90er Jahre – seit 1999 mit abnehmender Tendenz – in einem Bereich zwischen rd. 51.000 und 42.000 zu pendeln und damit immer noch etwa doppelt so hoch zu liegen wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Die Verlaufskurve der Parteimitgliederzahlen verhält sich bis Mitte der 90er Jahre nahezu gleich, sinkt aber zuletzt deutlich auf 24.500 Personen (2003) ab; dies sind ‚nur‘ rd. 20% mehr als 1987. Verfrüht wäre es, aus der Kenntnis dieser Zahlen heraus Entwarnung zu geben. Schaut man nämlich auf die Entwicklungen bei den sog. „gewaltbereiten Rechtsextremisten“ und den „neonazistischen Bestrebungen“, so muss eine Verschärfung der Problematik ausgemacht werden: Die Zahl der Gewaltbereiten stieg in den letzten zehn Jahren bundesweit um rd. 90% auf aktuell (2004) rd. 10.000, die der expliziten Neonazis im selben Zeitraum um rd. 45% nahezu kontinuierlich auf 3.800 Personen. In Baden-Württemberg

zeigen sich vergleichbare Trends (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz 2005). Seit 1991 hat sich hier die Zahl der Gewaltbereiten sogar auf z.Zt. 960 Personen verüffacht.

Die Entwicklungsverläufe der *Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund* lassen kein grundlegend anderes Bild entstehen. Nachdem in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Zahl der registrierten Delikte im Durchschnitt unter 1.500 (die der Gewalttaten unter 200) blieb, stieg deren Anzahl bis 1992/1993 rapide um das Siebenfache (Straftaten 1993: 10.561) bzw. sogar bis zu Dreizehnfache (Gewalttaten 1992: 2.639) an. Anschließend sinken die jährlichen Zahlen der Straftaten wieder, um sich dann doch wieder auf (und über) dem hohen Niveau des vormaligen Spitzenjahres 1993 zu stabilisieren (2003: 10.800). Die Zahl der Gewalttaten bewegt sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf einem Level zwischen 700 und 800 Delikten (2003: 759), bleibt also in etwa bei dem Vierfachen der Zahl von Ende der 80er Jahre (vgl. dazu insgesamt die Verfassungsschutzberichte des Bundes von 1987 bis 2003). Die Trends in Baden-Württemberg weichen davon nur unwesentlich ab und zeigen 2004 gegenüber dem Vorjahr sogar steigende Tendenz (vgl. den Landesverfassungsschutzbericht 2004). Das ‚Ländle‘ rangiert zwar nicht in der Spitzengruppe der mit rechtsextremen Gewalttaten belasteten Bundesländern – hier liegen vor allem die neuen Länder vorn –, liegt aber derzeit auf Platz 5 der elf alten Bundesländer, nahezu gleichauf mit dem viertplatzierten NRW (0,52 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner zu 0,53 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner) (vgl. Bundesministerium des Innern 2004, 37). Bundesweit sind rd. 60% der Gewalttaten fremdenfeindlich motiviert (vgl. ebd., 34). Wichtige Aspekte der Täterprofile sind: Rd. 50% der fremdenfeindlichen Täter sind zwischen 15 und 20 Jahren alt; weitere rd. 25% zwischen 20 und 30 Jahren. Ein Großteil von ihnen gehört also prinzipiell zur Zielgruppe von Jugendarbeit. Der Anteil von Arbeitslosen ist bei rechtsextremen Gewalttätern doppelt so hoch wie der in der Gesamtbevölkerung. Es dominieren Menschen mit eher niedrigem Bildungsniveau. Taten werden oft im Gruppenzusammenhang begangen. Dabei überwiegen spontane Aktionen. Daten von 1997 weisen aus: Gegen rd. ein Drittel der gestellten Täter wurde bereits einmal wegen politischer Kriminalität in anderen Fällen ermittelt, gegen rd. 57 % wegen allgemeiner Kriminalität. Die Affinitäten zu Kriminalität wie zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten scheinen also eng miteinander zusammenzuhängen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sind gegensteuernde Aktivitäten (vor allem in Bezug auf Jugendliche und junge Erwachsene) weiterhin dringend notwendig.

Das so genannte *rechtsextreme Einstellungspotenzial* lässt sich in seiner Entwicklung über einen längeren Zeitraum von mehreren Jahren und Jahrzehnten hinweg nur mit der methodischen Einschränkung eines Vergleichs von Ergebnissen unterschiedlicher Studien nachzeichnen. Auf dieser Basis besteht unter Fachleuten ein breiter Konsens darin, den harten Kern der rechtsextrem Orientierten auf etwa 1 bis 3% einzustufen und

daneben einen weichen Kern von zusätzlich rd. 10 bis 15% potentieller Unterstützer und Rekrutierbarer anzunehmen. Dabei gelten die oben genannten Zuspitzungen hinsichtlich bestimmter Gruppierungen, vor allem je nach Alter, Geschlechtszugehörigkeit bzw. Geschlechtervorstellungen, Bildungsniveau und sozioökonomischer Lage. Aktuelle quantitative Entwicklungen rechtsextremer Orientierungen in den letzten Jahren (seit 2002) lassen sich z.Zt. besonders gut anhand der von Wilhelm Heitmeyer und Mitarbeiter/innen vorgenommenen jährlichen Befragungen eines repräsentativen Bevölkerungsdurchschnitts mit deutscher Staatsangehörigkeit (insgesamt jeweils rd. 3.000 Proband/innen ab 16 Jahren) darstellen (vgl. Heitmeyer 2002, 2003, 2004). Danach zeigt sich auf theoretisch und empirisch überzeugende Weise, dass der rechte Extremismus sich in einem Syndrom „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) auffinden lässt. Innerhalb dieses GMF stehen sieben Elemente in engem Zusammenhang: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, das Pochen auf Etabliertenvorrechte, Sexismus, Heterophobie (also die Angst vor dem ‚Anderen‘) und Islamophobie. Die Befunde dazu offenbaren ein erhebliches Niveau an (latenter) Menschenfeindlichkeit innerhalb der deutschen Bevölkerung, zumindest aber an Stimmungslagen, die dafür einen breiten Resonanzboden bilden. So sind z.B. etwa 2004 59,8% der Meinung, es lebten „zu viele Ausländer in Deutschland“, plädieren 36% dafür, Ausländer „wieder in ihre Heimatländer zurück(zu)schicken“, „wenn Arbeitsplätze in Deutschland knapp werden“, wollen 21,9% Aussiedler gegenüber Ausländern „besser gestellt“ wissen, weil „sie deutscher Abstammung sind“, glauben 13,2%, die „Weißen (seien) zu Recht führend in der Welt“ und finden es 37,7% „ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“. Dass in den jüngeren Befragtengruppen bis 24 Jahren die Zahlen ein wenig besser ausfallen (vgl. Endrikat/Heitmeyer 2005), mag Anlass dazu geben, hierin positive Kohorteneffekten zu sehen, liegt aber wohl eher daran, dass die Items erwachsenenzentriert abfragen und zu vermuten ist, dass lebenswelttreffendere Statements für junge Menschen andere Ergebnisse gebracht hätten (vgl. Möller 2005). Interessanter als die Einzelergebnisse sind indes die Trends. Bei ihnen ist besonders zu beachten, dass die Fremdenfeindlichkeit kontinuierlich steigt und das Reklamieren von Etabliertenvorrechten sowie das Äußern von Islamophobie wie auch von Heterophobie 2004 über dem Niveau von 2002 liegt. Auch in der *Orientierungs-Dimension* treten mithin andauernde und z.T. sich verschärfende Problemlagen zu Tage.

Die *Ansprache-, Rekrutierungs- und Organisationsstrategien* der extremen Rechten haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert und modernisiert. Mindestens vier Trends sind besonders auffällig: *Popularisierung, Verszenung, Normalisierung* und *„Sozialarbeiterisierung“*.

Mit dem Stichwort *Popularisierung* wird die Beobachtung angesprochen, dass potentiell Anzusprechenden und bereits erfolgreich Angesprochenen in zunehmendem Maße eine rechtsextreme Erlebniswelt offeriert wird. Damit ist zum einen gemeint: Rechtsextreme Haltungen und Gestimmtheiten werden mehr und mehr

jugendkulturell in Szene gesetzt. Ein kompletter ‚lifestyle‘ aus in der Szene angesagten Kleidungsstücken, Symbolobjekten, ‚events‘ und Medienprodukten wird – unterstützt durch eigene Vertriebsnetze – kreiert. Dazu gehören nicht nur z.B. Thor Steinar- oder Lonsdale-Kleidungsstücke, sondern auch Zahlencodes (die die Position von Buchstaben im Alphabet nutzen wie 18 für Adolf Hitler, 88 für Heil Hitler oder 28 für die inzwischen verbotene Skinhead-Gruppierung ‚Blood and Honour‘). Symbolelemente wie diese entfachen ein Versteck- und Verwirrspiel über die rechtsextreme Identität bzw. Zugehörigkeit. Ständige Neuauflagen sorgen dafür, dass letztlich nur Insider bzw. ausgesprochene Szenekenner die Codes zu dechiffrieren vermögen und bspw. Lehrkräfte mit ihrer symbolischen Deutungskompetenz selten auf der Höhe der Zeit bleiben. Hinzu kommt, dass die rechtsextremen Organisationen und Parteien ihre Sympathisanten immer häufiger anweisen, zumindest dann, wenn sie in ihren Zusammenhängen agieren, nicht als Bürgerschreck, sondern ‚adrett‘ zu erscheinen. Musik erweist sich – gegenwärtig noch (?) stärker als das ebenfalls verstärkt genutzte Internet, häufig auch in Verbindung mit Angeboten im world wide web – als Einstiegshilfe und Bindeglied. Der neueste Verfassungsschutzbericht für Baden-Württemberg weist aus, dass sich Produktionszentren von nationaler und internationaler Bedeutung dafür auch gerade hierzulande finden. Die neueste Vertriebsidee solcher Produkte lässt aufmerken. Entweder lassen sich entsprechende Lieder über bestimmte Internetadressen kinderleicht downloaden oder sie werden als CD-Konserven kostenlos unter das (junge) Volk gebracht, wie dies die sog. „Schulhofaktion“ Mitte 2004 in Hinsicht auf Schüler und Schülerinnen beabsichtigte und die CD-Verteilaktivitäten der NPD im sächsischen Landtagswahlkampf umsetzte. Zum anderen muss registriert werden, dass Elemente der rechtsextremen Symbolkultur immer stärker in andere Jugend- bzw. Subkulturen diffundieren, etwa in Techno, in die verschiedenen Sparten des Metal oder auch ins Rocker- und Rotlichtmilieu (vgl. /Raabe 2002; Speit 2004). Es deutet sich die Perspektive eines übergreifenden Selbstverständnisses der Angehörigen solcher Kulturen, Milieus und Szenen unter dem Label von Aktivisten des „hatecrime“ an. Es bleibt abzuwarten und zu beobachten, ob sich im Zuge dessen das Rechtsextreme gleichsam auflöst oder sich in der Lage zeigt, ihm zunächst fremdes Terrain allmählich zu unterwandern und dort seine Spuren zu hinterlassen.

Der *Verszenungs-Trend* verweist auf die in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Lernfortschritte der organisierten Rechten bei der Rekrutierung von Nachwuchs. Konnte es strammen Kaderparteien trotz zahlreicher und wiederholter Versuche entsprechender Agitation und Einbindung letztlich nicht in nennenswertem Maße gelingen, Indoktrinations-Adressaten wie Skinheads und Hooligans dauerhaft einzubinden, so bieten lockerer strukturierte, punktuelle, temporäre, weniger verbindliche, ‚projektförmige‘, tendenziell enthierarchisierte und medial vernetzte rechtsextreme Integrationsofferten über Internetchats und -foren, Handy-Kommunikation, die konspirative Verabredung von Treffen sowie „freie Kameradschaften“ auch den Organisierungsskeptischen einen Anschlusspunkt und ein Aktionsfeld (vgl. auch Röpke/Speit 2004), bei

Unterfütterung durch intellektuelle Netzwerke (vgl. u.a. auch mit Bezugnahme auf Baden-Württemberg: Braun/Hörsch 2004). Die Rechte hat offenbar und oft auch eingeständenermaßen von den zellenförmigen Organisationsstrukturen der extremen Linken gelernt.

Ein dritter Trend betrifft die zunehmende *Normalisierung* von Haltungen, die noch vor kurzem als rechts, rechtslastig, rechtspopulistisch oder gar rechtsextrem denotiert worden wären. Die GMF-Befunde (vgl. näher vor allem Heitmeyer 2004) weisen eine ‚Vermittlung‘ von z.B. fremdenfeindlichen und minoritätenaversiven Orientierungen aus; d.h. häufiger als früher zählen sich Menschen, die solche Orientierungen besitzen, selbst zur politischen Mitte. Daraus folgt die geringere Sichtbarkeit, Identifizierbarkeit und Skandalisierbarkeit derartiger politisch-gesellschaftlicher Positionen und damit eine anwachsende Schwierigkeit, sie politisch bekämpfen und pädagogisch bearbeiten zu können.

Die vierte Entwicklung, die ‚*Sozialarbeiterisierung*‘, vollzieht sich schwerpunktmäßig in den ostdeutschen Ländern und dort vor allem in den sozial ausgedünnten Landstrichen. Immer häufiger treten Rechtsextreme als wohlfahrtsgesellschaftlich Aktive auf. Sie setzen sich für Jugendhäuser ein (‚rechte‘ Jugendhäuser, versteht sich), organisieren Kinderbetreuung, leisten Nachbarschaftshilfe und stehen bei Stadt(teil)festen als Würstchenverkäufer und Bierzapfer hinter einem eigenen Tresen. Manche haben auch begonnen, Sozialarbeit zu studieren (zu einem aktuellen Fall vgl. das GEW-Heft „Erziehung und Wissenschaft“ 3/2005, 10ff.). Offensichtlich wird damit eine politische Strategie der Fürsorge für deutsche Volksgenossen revitalisiert, die ihre Akzeptanz erheischende Funktion schon zu Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland bewiesen hat. Unter der Tarnkappe des scheinbar Unpolitischen sucht ‚Nationalsozialarbeit‘ Sympathiegewinne für die Rechte zu schaffen – augenscheinlich bislang durchaus erfolgreich. Die gegenwärtig betriebene teilweise Zerschlagung wohlfahrtsgesellschaftlicher Infrastruktur ist das genaue Gegenteil einer adäquaten Gegenreaktion der demokratischen Gesellschaft!

Was man über Ursachen weiß

Ursachenanalysen zum Problem des Rechtsextremismus sind mittlerweile ebenso zahlreich wie die Aspekte, auf die sie verweisen. Zum Teil pflichten sich ihre Ersteller/innen bei, zum Teil widersprechen sie sich. An dieser Stelle wird in erster Linie auf solche Befunde abgehoben, die weithin als konsensfähig gelten und Einzelgesichtspunkte von primär politisch-pädagogischer Relevanz bündeln. Zu ihnen gehören zunächst die Feststellung der *Multikausalität* des Problems und das Konstatieren eines komplizierten Ursachengeflechts. Die Elemente dieses Geflechts erhalten ein je spezifisches Gewicht je nach dem Aspekt der Problematik, der im

Mittelpunkt der jeweiligen Analyse steht. Entsprechend müssen Ursachen für Rechtsextremismus bei Erwachsenen – jedenfalls teilweise – woanders verortet werden als für Rechtsextremismus bei Jugendlichen, Analysen zum ‚männlichen‘ Rechtsextremismus andere Hintergründe hervorkehren als die zum ‚weiblichen‘ und etwa Organisationsbetrachtungen anders ausfallen als die von Cliques und Szenen. Gleichwohl: Mit einer gehörigen Portion Mut zu selektiver Darstellung und zu Entdifferenzierung kristallisieren sich grob *zwei miteinander zusammenhängende Ursachenkomplexe* als ausgesprochen bedeutsam heraus: *Schwierigkeiten sozialer Integration* einerseits und ein *unzureichendes Entwicklungsniveau sozialer und selbstbezogener Kompetenzen* andererseits. Die beiden Aspekte lassen die Verwobenheit politisch-sozialer Erklärungsebenen mit psychologischen Momenten deutlich werden.

Die *Integrationsproblematik* erweist sich bei genauerer Betrachtung als komplizierter als auf den ersten Blick vielleicht angenommen (vgl. ausführlicher dazu aktuell Heitmeyer/Imbusch 2005). Keineswegs ist es so, dass ganz allgemein ein geringer Grad von Integration Individuen und Gruppierungen anfällig für rechtsextreme Positionen macht. Entscheidend ist vielmehr, auf welche Integrationsform man schaut. Rechtsextreme Skinheads z.B. fühlen sich oft insgesamt schlecht integriert in die eigene Familie bzw. in Verwandtschaftsnetze und/oder in das Bildungssystem sowie den Arbeitsmarkt oder auch in anerkannte Institutionen und Vereinigungen des Interessenausgleichs wie Jugendverbände, Gewerkschaften, Kirchen etc.. Sie äußern aber gleichzeitig eine hohe Verbundenheit mit den Angehörigen ihrer Peer-Clique. Nicht selten erscheint sie ihnen als die „eigentliche Familie“ und sehen sie hier – wenn überhaupt – den einzigen Quell von Akzeptanz, Wertschätzung, Geborgenheitserleben, Problembesprechung und Hilfestellung. Diese jungen Leute als objektiv desintegriert zu beschreiben, verkennt die gemeinschaftlichen Integrationserfahrungen, die in der Altersgleichengruppe gemacht werden. Die simple Formel ‚Rechtsextremismus entsteht aus sozialer Desintegration‘ erweist sich deshalb (nicht nur in diesem Beispiel) als falsch. Zum einen bezieht sich die Desintegrationserfahrung nur auf bestimmte Lebensbereiche, zum anderen ist es u.U. genau die Integration in die rechte Clique und Szene, die die rechtsextreme Orientierung stützt bzw. verstärkt. Unsere eigenen Studien zu diesem Zusammenhang (vgl. z.B. Möller 2000) identifizieren gerade eine durchaus problematische Rolle der peergroup entsprechend Orientierter und eine problematische Funktionszuweisung an sie im Kontext bestimmter Alltagserfahrungen in Familie und Schule als den für Leute jugendlichen Alters wohl wichtigsten Lebensbereichen.

Ohne hier im Einzelnen auf die Gesamtheit der Aspekte eingehen zu können (vgl. dazu auch kurz: Möller 2003a; ähnlich auch: Gaßebner 2003) erweist sich für die Peercliquenkultur u.a. vor allem eines als prägend: das Vorherrschen eines Männlichkeitsstils interpersonaler Dominanz (vgl. auch Connell 1999). Damit ist ein

spezifischer Stil der Vorstellung und des Auslebens von Maskulinität gemeint, der in erster Linie durch drei Kennzeichen markiert werden kann: erstens die Existenz eines Selbstbehauptungswillens, der sich über violente, d.h. hier körperlich gewaltsam agierende Wehrhaftigkeit realisiert, zweitens die Demonstration von Durchsetzungsfähigkeit über gewalthaltige Macht- und Territorialkämpfe und drittens die Normalisierung von Gewalt. Die (meist männlichen) Jugendlichen sehen sich einem permanenten Angegriffensein ausgesetzt. Es entschleiert seine teils schon paranoiden Züge nicht zuletzt in Situationen, wo von Provokationen durch „schiefe Blicke“ anderer Jugendlicher, Gelächter und Getuschel oder fremdsprachiger Kommunikation berichtet wird. Man(n) verspürt dann insbesondere ein Infragestellen der ‚männlichen Ehre‘; dies hinsichtlich Kultur übergreifender Männlichkeitsfunktionen, wie sie David Gilmore in kulturanthropologischen Studien herausgefunden hat und in den drei Aufgabenbereichen des Beschützens, Besorgens und Erzeugens bündelt. Die männliche Beschützerfunktion sieht sich etwa dann bei Händeln unter Jugendlichen zur Disposition gestellt, wenn Kampfbereitschaft oder Kampfesmut in Anwürfen wie „feige Sau“ oder „Angsthase“ abgesprochen wird. Die Erzeugerfunktion gerät unter Druck, wenn die heterosexuelle Potenz als bezweifelt wahrgenommen wird, etwa bei Beschimpfungen wie „Du schwule Sau“ oder „Du Wichser“. Ein Angriff auf die von den männlichen Mitgliedern zu schützende ‚Familienehre‘ wird gewittert, wenn die Kompetenz, sich selbst und die eigene soziale Einheit mit dem Lebensnotwendigen oder auch mit Wohlstandsgütern versorgen zu können, als erschüttert betrachtet wird (bspw. in Vorhaltungen wie „Dein Vater säuft den ganzen Tag, liegt auf dem Sofa zu Hause herum und Deine Mutter geht derweil anschaffen.“). Für Anhänger des interpersonalen Dominanzstils sind an diesen Stellen offenbar Grenzen des Zulassbaren erreicht – und zwar so, dass aus einer subjektiven Verteidigungshaltung heraus sich Gewaltsamkeit als Mittel der Sicherung männlicher Identität geradezu aufdrängt. Sie bezieht ihr Gewicht als Reaktion auf das verspürte Angegriffensein aus dem Umstand, dass sie als (nahezu) exklusiv Jungen und Männern zugeschriebenes Verhalten in sich schon den Beweis von konventioneller Männlichkeit trägt und daher als besonders probates Mittel für das Belegen des Gegenteils von Unmännlichkeit dienen kann. Und weil man nicht immer ‚mit dem Rücken zur Wand stehen‘ will, geht diese Defensivhaltung mit zunehmender Erfahrung entsprechender Situationen oft auch in die Offensive über: Man(n) sucht seine Durchsetzungsfähigkeit, Unbezwingbarkeit und Unantastbarkeit schon zu demonstrieren, ohne erst Provokationen der anderen abzuwarten. Bereits mit der Bezugnahme auf historisch und sozialisatorisch tradierte Männlichkeitsmuster, erst recht aber mit ihrem Einschleifen in das eigene Verhaltensrepertoire wird ein Prozess der Normalisierung von Gewalt ausgelöst, der der kritischen Reflexion der Gewaltsamkeit im Wege steht, zumal Violenz ihre Legitimation auch aus dem Umstand beziehen kann, selbst von vielen Mädchen und Frauen als Virilitätsbeleg angesehen zu werden. Vielfach erhalten diese Konkurrenzkämpfe um maskuline Dominanz, gerade bei jüngeren Jugendlichen im Einstiegsalter in die rechtsextreme Szene, erst im Nachhinein ihre politischen Weihen. Das, was von den Beteiligten selbst wie Beobachtern als interethnische Konkurrenz

gedeutet und politisch konnotiert wird („Wir Deutschen gegen die ‚Kanaken‘!“) stellt sich oft mehr noch als das Austragen von Auseinandersetzungen um männliche Hegemonie dar. Bezeichnend ist nämlich, dass bei entsprechenden Händeln fast immer 100% der Beteiligten auf beiden Seiten männlichen Geschlechts sind, selten aber die ethnische Zugehörigkeit gleichermaßen eindeutig ausfällt: Der Antonio, der bei der deutschen Clique mitmischt, hat z.B. einen italienischen Vater und der Ahmed, der auf der anderen Seite steht, ist hierzulande geboren, besitzt einen deutschen Pass und spricht deutsch besser als die Sprache seiner Eltern.

Wenn also einerseits die Integration in bestimmte Peer-Gemeinschaften und in konventionelle Männlichkeitsmuster rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Orientierungen und Gewalt zu begünstigen vermag, so liegen andererseits eindeutige Befunde für die politisch brisanten Folgen gesellschaftlicher Desintegration vor. Die Untersuchungen zu den „Deutschen Zuständen“ (Heitmeyer 2002, 2003, 2004) legen etwa das frei, was auch Wahlanalysen andeuten: Wer sich sozioökonomisch auf der Verliererseite sieht, auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Chancen einräumt, im Bildungssystem zu kurz gekommen betrachtet, die Zugänge zum (Wohlstands-)Konsum als verstellt oder erschwert wahrnimmt und politische Machtlosigkeit verspürt, ist deutlicher anfällig für rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungsangebote als andere Personen. Gleiches gilt für Kinder und Jugendliche, die unter Bindungsschwäche, insbesondere zeitlicher und/oder sozioemotionaler Vernachlässigung bzw. Leere im Elternhaus leiden und zu Hause Akzeptanz als Person vermissen (vgl. z.B. Hopf 1995).

Vor allem die für den Jugendschutz zentrale Fokussierung auf die Problemgenese bei Minderjährigen muss als Komplex von Erklärungsfaktoren bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen auch einen *geringen Entwicklungsstand sozialer und selbstbezogener Kompetenzen* zur Kenntnis nehmen. Rechtsextremes Potenzial wurzelt nicht allein sozial, sondern auch psychologisch tief. Es gewinnt seine Energie aus undifferenzierten kognitiven, emotionalen und sozialen Mustern. Dazu zählen insbesondere (vgl. detaillierter auch Möller 2000, Wahl u.a. 2001, Wahl u.a. 2005) simplifizierende Wahrnehmungs- und stereotypisierende Ordnungsschemata (gut vs. Böse; Freund vs. Feind), unzureichend entwickelte Mechanismen der Affektkontrolle, Angstbesetztheit statt Offenheit bei der Konfrontation mit Neuem und Fremden, niedriges Reflexionsvermögen, geringe oder nur auf die Eigengruppe bezogene Prosozialität, nicht ausreichend ausgebaute Fähigkeiten zur Perspektivenübernahme, mangelhafte Empathie, relative Inkompetenz hinsichtlich verbaler Konfliktregulierung, geringe Bereitschaft zu Verantwortungsübernahme und Kooperativität, nur schwache Verhaltenssteuerung durch universalistische Moralprinzipien (z.B. Gleichheit, Gerechtigkeit etc.).

Was man tut

Die demokratisch gesonnene Mehrheit der deutschen Gesellschaft ist in den letzten Jahren nicht untätig geblieben. Man hat eine Reihe von Gegenmaßnahmen entwickelt und ausprobiert, gerade auch innerhalb der Pädagogik und hier insbesondere mit der Zielgruppe Jugendliche. Ihre Zusammenschau und kritische Durchmusterung (vgl. Möller 2002; kurz zu Einzelaspekten auch: 2003b, 2004) fördert zurzeit im wesentlichen 17 bedeutsame Ansätze zu Tage:

- historische Bildung (1),
- Unterrichts-, Seminar- und Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung (2),
- Konzepte der Schulung personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (3),
- Mediation und Streitschlichtung (4),
- schulumfassende Programme (5),
- Maßnahmen zur Deeskalation und Entwicklung von Zivilcourage (6),
- aufsuchende Arbeit in recht(sextrem)en Szenen und Cliquen (7),
- körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik (8),
- kultur- und medienpädagogische Konzepte (9),
- geschlechtsreflektierende Ansätze (10),
- gewalttherapeutische Ansätze (11),
- Partizipationsförderung (12),
- Kampagnen, Wettbewerbe und Aktionen (13),
- Anstrengungen zur Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen (14),
- Aussteigerprogramme (15),
- Opferberatung (16) sowie
- Soziale Arbeit mit Migrant/innen, interkulturelle Ansätze und Antidiskriminierungsarbeit (17) (vgl. dazu im einzelnen Möller 2002, 67-182).

Prüfen wir nun die vorfindlichen Konzepte hinsichtlich ihrer theoretischen und empirischen Bezüge auf den Stand der themenspezifisch einschlägigen Forschung und auf ihre Evaluation, so offenbart sich: Die *theoretischen Referenzen* der Praxiskonzepte sind im Allgemeinen eher wenig ausgearbeitet oder nicht vorhanden. Besonders schwach fallen die theoretischen Bezüge zumeist bei erlebnis-, abenteuer- und sportpädagogischen Ansätzen, bei den kultur- und medienpädagogischen Konzepten sowie bei Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen aus. Auch die anderen Konzepte sehen sich jedoch gezwungen, ihren jeweiligen

Ansatz zu großen Teilen über alltagstheoretische Deutungen zu legitimieren. Daher kommt man vielfach über das Niveau relativ theorieferner Plausibilisierungsversuche nicht hinaus. Bezeichnenderweise liegen Theoriereferenzen – soweit vorhanden – auch zumeist auf der Ebene der Zielbeschreibungen und damit in den vergleichsweise abstrakten Elementen von Konzeptualisierungen vor. Sie verblassen bis zur Unkenntlichkeit, wo Konkretisierungen gefordert sind und es mehr um das 'Eingemachte' geht, also bei der Darlegung von Inhalten, stärker aber noch bei Methoden, Verfahren und Techniken.

Dies gilt auch – eher sogar noch verschärft – für die *Bezugnahme auf empirische Befunde*. Nur in Ausnahmefällen wird der Stand der Forschung als Ausgangspunkt genommen. Ansonsten kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass empirisch-wissenschaftliche Befunde bestenfalls im Nachhinein legitimatorisch als Belege für ein auch ohne sie zustande gekommenes Konzept, mehr noch: für einzelne seiner Bestandteile, primär für Zielabsicherungen, angeführt werden. Noch öfter werden Praxiskonzepte erst gar nicht stringent auf Forschungsergebnisse bezogen. Sie scheinen insofern eher in den Traditionen der konzeptionellen Ausrichtung der jeweiligen Einrichtungen und/oder in den Qualifikationsprofilen und Interessen ihrer Mitarbeiterschaften, wenn nicht gar in Vorgaben projekt- und themenzentrierter Förderpolitik zu gründen.

Verantwortlich für dieses Nebeneinander von Theorie und Praxis scheinen im Wesentlichen zwei Punkte zu sein: Zum ersten müssen theoretische und empirische Studien sich den Vorwurf gefallen lassen, den Themenkreis Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ganz weit überwiegend in problemzentrierter Engführung anzugehen. Mit anderen Worten: Es dominiert die Suche nach Ursachen für Problemverhalten. Demgegenüber fehlt es an Forschungen, die die Bedingungen von Problemfreiheit oder wenigstens von relativer Problemferne untersuchen. Gerade für die sozialarbeiterische und pädagogische Praxis dürften Antworten auf die Frage, was Distanz zu oder Abwendungen von antidemokratischen Einstellungen und Problemverhalten bewirkt, viel weiterführender sein.

Damit hängt der zweite Punkt zusammen. Zum zweiten nämlich resultieren die Schwierigkeiten der Bezugnahme auch aus einem in seiner Funktion ungeklärten, ja häufig in konkreten Forschungszusammenhängen nicht einmal bestehenden Verhältnis von Theorie und Praxis. Fehlender, eher zufälliger im Rahmen von Praktiker/innenfortbildung ablaufender und dann meist auf einseitige Informationsfunktionen reduzierter Kontakt zwischen Theoretiker/innen und Praktiker/innen führt zu mangelhaften Kommunikationsbeziehungen, die wiederum Kooperationsbezüge in weite Ferne rücken lassen. Deshalb stehen auch grundlagenorientierte Forschungsansätze und anwendungsrelevante Studien in einem deutlichen Missverhältnis, in dem letztere ins Hintertreffen geraten sind. Zweifelsfrei sind gründliche Grundlagenkenntnisse unerlässlich, um pädagogische

und sozialarbeiterische Strategien und Konzepte mit ihnen fundieren zu können. Dies darf aber nicht dazu führen, dass das Interesse der Praxis an Praxisorientierung und Anwendungsrelevanz zur Seite oder auf die lange Bank geschoben wird. Mit einer solchen Strategie begibt sich Forschung derjenigen Anstöße, die sie aus Praxisfragestellungen heraus befruchten können.

Insofern bringt es die Diskussion nicht weiter, aus der Sicht der Wissenschaft die Theorie- und Empirieferte der Praxis zu beklagen oder sich aus der Sicht von Praxis über die Abgehobenheit von Forscher/innen und ihrer Elfenbeinturm-Mentalität zu beschweren. Aus relativer Kontaktlosigkeit und aus der Defensive wechselseitiger Distanzierung führt nur die Aufnahme kooperativ angelegter Theorie-Praxis-Diskurse heraus. Dazu bedarf es allerdings auch der Setzung von förderlichen Rahmenbedingungen durch die Politik. Dies betrifft die Forschungsförderung, es betrifft aber auch die Ermöglichung, Initiierung und Stützung von Zusammenarbeit im Kontext politischer Programme der Gewalt- und Rechtsextremismusbekämpfung. Die vorliegenden Programme sind an dieser Stelle noch unzureichend entwickelt.

Evaluationsstudien liegen nur vereinzelt vor. Überprüfungen von Zielerreichung, Erfolgsmessungen, Wirkungseinschätzungen, Leistungsbewertungen u.ä. finden sich in einem auch nur halbwegs hinreichenden Maße wissenschaftlich valide durchgeführt kaum. Dies gilt für Einzelmaßnahmen wie für Programme, für letztere allerdings noch verschärft. Evaluationsstudien zu allgemeinen Anti-Gewalt-Programmen gehören nach wie vor zu den knappsten Gütern der gesamten Gewaltforschung. Lösel u.a. (1990, hier: 24) sowie Renschmidt u.a. (1990, hier: 273ff.) kritisieren schon vor über 10 Jahren im Hinblick auf die Wirkungsevaluation von gewaltbezogenen Präventions- und Interventionsmodellen in Deutschland, dass sie nur äußerst selten durchgeführt wird und es an systematischer, methodisch kontrollierter Evaluationsforschung einen "deutlichen Mangel" gibt. Im Hinblick auf den pädagogischen Umgang mit aggressiven Jugendlichen existieren bis zum Beginn der 90er Jahre in Deutschland allenfalls Erfahrungsberichte, nicht jedoch Wirkungsanalysen, die auf der Basis einer unabhängigen Begleitforschung in einem quantitativ- oder qualitativ-empirischen Sinne erstellt sind. Auch heute noch herrschen auf diesem Marktsegment Erfahrungsberichte vorwiegend aus pädagogischen Bereichen, die mit entsprechendem Klientel besonders intensiv befasst sind, also Streetwork und Mobiler Jugendarbeit, teilweise auch Jugendhausarbeit, vor. Naturgemäß sind sie meist unsystematisch und methodisch wenig anspruchsvoll. Darüber hinausgehende evaluative Arbeiten sind äußerst dünn gesät. Methodisch betrachtet stehen auch sie selten auf festen Füßen. Bisweilen ist eher Dokumentation drin, wo Evaluation draufsteht. Hinzu kommt, dass generell die Nachhaltigkeit von Effekten so gut wie gar nicht untersucht wurde.

Speziell in Hinsicht auf politische Gewalt von rechts sieht die Forschungslage noch düsterer aus. Man kommt wohl fast nicht umhin, der von Wagner u.a. (2001) gemachten Feststellung beizupflichten "Evaluierte Maßnahmen zur Prävention fremdenfeindlicher/antisemitischer Gewalt gibt es nicht" (ebd., 323) und diese Aussage auch auf andere Formen rechtsextremer Gewaltsamkeit und den Interventionsaspekt ausdehnen zu müssen. In Bezug auf Forschung über die Wirkung von pädagogischen Anstrengungen bei der Bearbeitung von rechtsextremen Orientierungen, also auch in Bezug auf Einstellungen und geistige Haltungen unterhalb gewaltförmigen Handelns, gilt zusammenfassend auch heute noch wenigstens die vorsichtig formulierte Erkenntnis: "Rechtsextremismusforscher haben es bisher versäumt, auszuloten, mit welcher Wahrscheinlichkeit konkrete Maßnahmen Wirkung zeigen". Forschung ist "bisher kaum darauf gerichtet, effiziente Gegenstrategien zu entwickeln" (Winkler/Jaschke/Falter 1996, 19). Offensichtlich liegt dies daran, dass sie weit mehr ursachenanalytisch interessiert ist. Darin allerdings zeigt sich eine Gewichtung, die sich angesichts des konkreten Problem- und Handlungsdrucks nicht länger aufrechterhalten lässt. Evaluationsforschung tut not.

Die ausführliche Literaturliste zu diesem Artikel kann bei der ajs angefordert werden oder im Internet (www.ajs-bw.de) heruntergeladen werden.

Der Autor

Kurt Möller ist Professor an der Fachhochschule Esslingen, Hochschule für Sozialwesen. Seine Lehrgebiete: Jugendarbeit, Jugendpolitik, Kultur- und Bildungsarbeit. Seine wichtigsten Forschungsschwerpunkte: Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit.

Kontakt und weitere Informationen

www.hfs-esslingen.de

E-Mail: moeller@hfs-esslingen.de